

A N T R A G
CDU-Fraktion

Gegenstand:

Aktuelle Stunde zum Thema "Gewaltfreiheit als unverhandelbare Grundlage politischer Meinungsbildung"

Beschlussvorschlag:

Hiermit beantragt die CDU-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Stadtrates die Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Gewaltfreiheit als unverhandelbare Grundlage politischer Meinungsbildung“.

Als Schwerpunkte der Aussprache werden benannt:

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Maßgabe kommunalpolitischer Arbeit
- Respektvoller Umgang mit anderen Ansichten
- fraktionsübergreifende Ächtung von Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen

Beratungsfolge

Plandatum

Stadtrat		öffentlich	beschließend
----------	--	------------	--------------

Begründung:

In der Nacht zum 19. April 2021 wurde auf die Buchhandlung „Buchhaus Loschwitz“, dessen Gebäude gleichzeitig Wohnhaus der Inhaberin und Stadträtin Susanne Dagen ist, ein Anschlag verübt. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde durch ein zuvor eingeschlagenes Fenster ein mit Säure gefülltes Gefäß geworfen und zur Explosion gebracht. Frau Dagen hielt sich zu dem Zeitpunkt nicht im Gebäude auf; wohl aber ihre Tochter.

Gleichwohl abschließende Erkenntnisse noch ausstehen, vermutet nicht nur die Polizei, dass es sich bei diesem Anschlag um politisch motivierte Gewalt handelt.

Wir gehen davon aus, dass es nach wie vor Konsens unter allen Stadträtinnen und Stadträten ist, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abzulehnen. Allerdings hat auch in den Rat eine Diskussionskultur Einzug gehalten, die den grundsätzlichen Respekt vor Menschen mit unterschiedlichen Ansichten mitunter missen lässt. Ob dieser Umgang miteinander, Menschen, die im demokratischen Ringen um das Beste für unsere Stadt und ihre Bürger nicht den besten Weg der Meinungsbildung sehen, ermutigt, diese Meinungsbildung durch Gewalt zu beeinflussen, kann nur vermutet werden. Dieser Anschlag auf ein Mitglied unseres Stadtrats sollte aber Anlass sein, uns diesen Konsens der Gewaltfreiheit gegenseitig und gegenüber der Öffentlichkeit zu versichern und zu dokumentieren. Deshalb regen wir im Anschluss an diese Aktuelle Stunde die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Ächtung von Gewalt im Rahmen politischer Auseinandersetzungen an. Gewalt und Extremismus sind in jeder Form zu verurteilen.

Peter Krüger
Fraktionsvorsitzender

Anlagenverzeichnis: